
KLARER KURS FÜR UNSER REINBEK!

Programm der Reinbeker Liberalen zur Kommunalwahl 2018

Das politische Handeln der Reinbeker Liberalen orientiert sich am Leitbild des verantwortlich und selbstbestimmt handelnden Bürgers. Die Erhaltung der Bürgerrechte, insbesondere des Rechtes auf Selbstbestimmung steht für uns an erster Stelle.

Auf Reinbek bezogen setzen wir uns dafür ein, dass die im Leitbild der Stadt Reinbek formulierten Ansätze mit Leben erfüllt werden und alle Menschen in Reinbek eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten.

1. Stadtentwicklung und Bauen

Zum Thema Stadtentwicklung wird häufig mit Halbwissen oder isoliert auf den eng begrenzten Reinbeker Bereich diskutiert. Aus diesem Grund hier zunächst zwei allgemeine Bemerkungen vorweg.

Ländlichen Raum stärken!

In Deutschland gibt es keine allgemeine Wohnungsnot. Nach Erhebungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung stehen zurzeit in Deutschland mehr als 2 Millionen Wohnungen leer. Gleichzeitig gehen alle Bevölkerungsprognosen davon aus, dass selbst bei dauerhafter Zuwanderung von mehreren hunderttausend Menschen pro Jahr die Zahl der Einwohner in Deutschland sinken wird.

Allerdings sind Nachfrage und Angebot im Immobilienmarkt stark unterschiedlich ausgeprägt. Während in den Ballungsräumen eine hohe Nachfrage besteht, verstärkt sich der Leerstand im ländlichen Raum und führt so zu weiteren Problemen.

Aus unserer Sicht ist es Aufgabe von Landes- und Bundesregierung, dem Trend zur Entleerung des ländlichen Raumes entgegen zu wirken. Dazu ist eine Vielzahl von

Sparkasse Holstein · IBAN: DE03 2135 2240 0020 0970 45 · BIC: NOLADE21HOL

Vorstand FDP Reinbek · Jari Grünig · Ebereschenweg 3 · D - 21465 Reinbek
Telefon +49 (040) 71007518 · Internet: www.fdp-reinbek.de
E-Mail: buerger@fdp-reinbek.de

- 2 -

Maßnahmen möglich und geeignet, die hier aufzuzählen den Rahmen sprengen würde. Gleichzeitig sollten Ballungsräume alle Maßnahmen vermeiden, die die Landflucht noch beschleunigen.

Menschen fördern statt Beton!

Öffentlich geförderter Wohnungsbau (Sozialwohnungen) verteuert die frei finanzierten Wohnungen und benachteiligt auf diese Weise zum Beispiel junge Familien, die mit ihrem Einkommen nur knapp oberhalb von Einkommensgrenzen für geförderten Wohnraum liegen. Aufgrund der aktuellen gesetzlichen Vorgaben zur Bauausführung und infolge der Grundstückspreise ist ein geförderter Wohnraum nur möglich, wenn durch höhere Mieten bei den freien Wohnungen eine Querfinanzierung der vom Investor benötigten Einnahmen erfolgt.

Sinnvoller ist es daher, dass der Staat nicht weiterhin Immobilien und deren Besitzer finanziell fördert bzw. gängelt, sondern durch ein verbessertes Wohngeld gezielt diejenigen Menschen unterstützt, die bedürftig sind oder durch eine gezielte Förderung Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung ermöglicht.

„Netzwerk Wohnen“ für Reinbek ins Leben rufen!

Der preiswerteste Wohnraum ist der bereits existierende Wohnungsbestand in Reinbek. Die Mieten im Reinbeker Wohnungsbestand liegen heute noch bei teilweise 6 € Kaltmiete per m². Dagegen bestätigen uns sämtliche Akteure im Immobiliensektor, dass Neubauwohnungen in Reinbek für mindestens 10 € per m² vermietet werden müssen, um die Kosten zu decken. Ähnliche Preisrelationen ergeben sich beim Vergleich von bestehendem Wohneigentum zu Neubauten. Die Reinbeker Bevölkerung ist überdurchschnittlich alt. Infolgedessen führt der zurzeit starke Generationswechsel in den Wohnquartieren dazu, dass jährlich mehr als 200 bestehende Wohnungen und Häuser für die folgende Generation frei werden. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft, durch Schaffung eines Netzwerks Wohnen in Reinbek den Reinbeker Bürgern den Zugang zu diesem freiwerdenden Wohnungsbestand zu erleichtern. Ein solches „Netzwerk Wohnen“ benötigt eine Koordinierungs- und Ansprechstelle, für deren Einrichtung wir uns einsetzen wollen. Im Rahmen des von uns weiter unten beschriebenen Konzeptes für ein selbstbestimmtes Leben im Alter sollten ebenfalls Aufgaben durch das „Netzwerk Wohnen“ wahrgenommen werden.

Neubaugelände lösen keine Finanzprobleme!

Es ist ein in Politik und Öffentlichkeit verbreiteter Irrglaube, durch Ausweisung neuer Wohnbaugelände die finanzielle Lage der Stadt Reinbek verbessern zu können. Das Gegenteil ist der Fall. Denn Neubaugelände und Neubürger erfordern auch zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen (Schulen, Kita usw.), die zudem langfristigen Erhaltungsaufwand nach sich ziehen.

- 3 -

Inzwischen sind sich alle Fachleute darüber einig, dass die Anfangsinvestitionen in Infrastruktur und deren weitere Bewirtschaftung dauerhaft die zusätzlichen Steuereinnahmen aus Grund- und Einkommensteuer regelmäßig um ein Vielfaches übersteigen. Nur wenn die Kommune selbst durch die Vermarktung eigener Grundstücke zusätzliche Gewinne erzielen kann, ist dies in den ersten Jahren nicht der Fall. Das aber ist in Reinbek nicht gegeben, da hier die entsprechenden Flächen in privater Hand sind.

Bürgerentscheid über Reinbeks zukünftige Entwicklung!

In den zurückliegenden fünf Jahren wurde bei mehr als zehn Bebauungsplänen die Bebauung begonnen, ein Satzungsbeschluss gefasst oder eine Aufstellung beschlossen. Diese Bebauungsmöglichkeiten bieten aktuell eine ausreichende Grundlage für eine gesunde Entwicklung Reinbeks. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ein Konzept zur zukünftigen Flächenentwicklung in Reinbek gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet wird. Erste Ergebnisse werden im Frühjahr 2018 vorgestellt. Wir treten dafür ein, dass über die grundsätzliche Frage, wie sich Reinbek in Zukunft entwickeln soll, ein Bürgerentscheid durchgeführt wird. Bei den Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Wohnbauflächen in Reinbek müssen aus unserer Sicht die Auswirkungen umfassend geprüft werden. Ebenso ist eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen erforderlich.

Folgende Aspekte sind bei weiteren Planungen unbedingt zu prüfen:

Welche Auswirkungen ergeben sich in Hinblick auf Bevölkerungsstruktur und soziale Bindungen?

Wie werden die Ökologie und das Bild Reinbeks als Stadt im Grünen beeinflusst?

Welche Verkehrsbelastungen ergeben sich aus den Planungen?

Welche finanziellen Folgen für die Stadt und die Bürger haben Neubaugebiete kurz-, mittel- und langfristig?

Für uns gilt folgender Grundsatz:

Die Interessen der bereits in Reinbek wohnenden Menschen sollten im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen.

Aus unserer Sicht kann eine vorurteilsfreie Beantwortung dieser Fragen nur dazu führen, dass äußerst behutsame Planungen für Reinbek vorgenommen werden und die Entwicklung in den bestehenden Quartieren Vorrang vor der Ausweisung von Neubaugebieten erhält. Hierbei sollten auch zukünftige Veränderungen in den

- 4 -

vorhandenen gemischten Wohn- und Gewerbegebieten genutzt werden. Freiwerdende Gewerbeflächen in Mischgebieten können ohne Probleme auch für Wohnungsbau genutzt werden.

Weitere großflächige Neubaugebiete für Wohnbebauung lehnen wir ab.

Unterstützung von Bauwilligen!

Genehmigungsverfahren für Bauwillige und Gewerbebetriebe müssen sich an dem Grundsatz orientieren: Soviel individuelle Freiheit wie möglich, so wenig Restriktionen wie nötig. Wobei der Charme und Reiz der einzelnen Reinbeker Stadtteile erhalten werden muss. Hierzu sind Geschossflächenzahlen kritisch zu prüfen und ggf. Verdichtungen der Bebauungen zu begrenzen. Planungen und Genehmigungen sind zügig zu bearbeiten. Investoren wollen wir aufzeigen, wie etwas möglich ist, und nicht erklären, warum etwas nicht geht.

Auf Luxusplanungen verzichten!

Die Planung und architektonische Gestaltung der städtischen Baumaßnahmen sollte Luxusplanungen vermeiden. Dadurch lassen sich Baukosten begrenzen und unliebsame Kostenüberraschungen bei Baufertigstellung vermeiden. Der von uns unterstützte Neubau von Klassenräumen für das Gymnasium Sachsenwald kann in diesem Zusammenhang als Schritt in die richtige Richtung gesehen werden.

Gewerbeflächenentwicklung moderat vorantreiben!

Die Einnahmen aus Gewerbesteuer stellen die wichtigste Einnahmequelle der Stadt Reinbek dar. Daher setzen wir uns für eine moderate Gewerbeflächenentwicklung ein, bei der die Interessen der Reinbeker Bürger angemessen berücksichtigt werden. Der für 2018 geplante Umzug des Unternehmens Rowohlt nach Hamburg zeigt, dass auch die Stadt Reinbek sich mit seinem Angebot an Gewerbeflächen dem stetigen Wandel stellen muss. Das Gewerbegebiet Haidland westlich von Schönningstedt bietet eines der letzten Potentiale für zusätzliche Gewerbeflächen in Reinbek. Eine moderate und endgültige Erweiterung nach Osten wollen wir gemeinsam mit den Bürgern auf den Weg bringen. Im Zuge einer solchen Erweiterung ließe sich auch das Problem der jetzigen Zufahrt zum Recyclinghof in Schönningstedt im Sinne der Anwohner lösen. Ob auch im Bereich Büchschinken noch Potential für Gewerbeflächen besteht, wollen wir prüfen lassen. Da die Potentiale für neue Gewerbeflächen in Reinbek stark begrenzt sind, kommt der Vermeidung von Leerstand in den vorhandenen Gewerbeflächen umso größere Bedeutung zu. Hier werden wir uns für eine verstärkte Moderation durch unsere Stelle für Wirtschaftsförderung einsetzen, um das Netzwerk der einzelnen Akteure weiter zu verbessern.

Einzelhandel, ortsnahe Einkaufsmöglichkeiten weiter entwickeln!

Bei den ortsnahen Einkaufsmöglichkeiten hat sich die Situation in den letzten Jahren durch Modernisierungen, Erweiterungen und neue Standorte deutlich verbessert.

Schwerpunkt der nächsten Jahre muss daher eine qualitative Verbesserung der Situation im Zentrum von Alt-Reinbek sein. Insbesondere der Bereich des Sachsenwaldforums ist für Kunden wenig attraktiv und lädt nicht zum Verweilen ein. So könnte die überdachte Innenhoffläche vor dem Sachsenwaldhotel bei entsprechender Umgestaltung durchaus für Veranstaltungen genutzt werden. Durch den Wegzug des Unternehmens Rowohlt zeichnet sich eine weitere Problemlage, aber auch gleichzeitig Chance für diesen Bereich ab. Die Politik kann hier nur den gestalterischen Rahmen vorgeben. Daher ist in intensiven Gesprächen mit den Besitzern und potentiellen Investoren ein zukunftsfähiges Konzept für den Bereich Bahnhofstraße, Bergstraße, Rosenplatz und Hamburger Straße zu erarbeiten. Wir wollen diesen Prozess anstoßen und aktiv begleiten. Wir sind bereit, im Sinne der Umsetzung eines überzeugenden Konzeptes für Reinbeks Zentrum auch rechtliche Hürden aus dem Weg zu räumen. Zu einem attraktiven Zentrum gehören auch ausreichende und an die heutigen Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft angepasste Parkplätze. Diese wollen wir auch in Zukunft kostenfrei zur Verfügung stellen.

2. Schule und Soziales

Betreuungsleistung fördern, keine blinde Kostenübernahme!

Die Reinbeker Liberalen verstehen Sozial- und Schulpolitik nicht als Verteilung von Almosen. Im Vordergrund steht der Gedanke, Eigeninitiative und Leistung zu fördern. So werden nach Vorschlag der Reinbeker Liberalen zurzeit Zusammenschlüsse von Tagesmüttern und die offenen Ganztagschulen durch einen Beitrag je geleisteter Betreuungsstunde finanziell gefördert.

Mit dieser Fördermaßnahme steht Reinbek allein in Schleswig-Holstein dar und hat so einen überschaubaren klar definierten Finanzrahmen ermöglicht. Diesen Weg wollen wir im Schul- und Sozialbereich weitergehen.

Kinderbetreuung:

Kinderbetreuungsangebot bedarfsgerecht entwickeln!

Das Betreuungsangebot für Kinder aller Altersstufen hat sich am Bedarf der Eltern und Kinder zu orientieren. Betreuungsplätze sind insbesondere in Bezug auf die Betreuungszeiten an die sich verändernde Arbeitswelt anzupassen. So sollte es in Zukunft zum Beispiel möglich sein, Kinder auch nur an drei Tagen in der Woche

- 6 -

betreuen zu lassen. Private und ehrenamtliche Initiativen wollen wir in gleicher Weise unterstützen wie staatliche Einrichtungen.

Während die Zahl der nachgefragten Betreuungsplätze für Kinder über drei Jahren annähernd konstant geblieben ist, erhöhte sich die Zahl der erforderlichen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in den letzten Jahren beträchtlich.

Neben einigen Erweiterungen vorhandener Kindertagesstätten setzen wir uns daher dafür ein, dass eine weitere Kindertagesstätte in Reinbek neu entsteht. Erste Beschlüsse dazu wollen wir im Jahr 2018 unterstützen. Die gute Abdeckung mit Betreuungsplätzen in der Fläche gilt es zu erhalten.

Familienzentrum für Reinbek!

Wir setzen uns für ein Familienzentrum in Reinbek ein. Hier werden den Familien umfangreiche Betreuungs- und Hilfsangebote bereitgestellt. Dies beginnt mit der Betreuung von Kindern jeder Altersstufe und reicht bis zu Beratung und Hilfe in verschiedenen problematischen Lebenssituationen. Auch Sprachtherapien oder Physiotherapien für Kinder sollen in einem Familienzentrum angeboten werden. Der integrative Gedanke für alle Kinder soll Leitbild dieses Familienzentrums sein. Das zurzeit vorhandene Familienzentrum in der BeGe Neuschönningstedt ist in diesem Sinne weiter zu entwickeln. Ist dies nicht möglich, ist der absehbare Neubau einer Kindertagesstätte für die Einrichtung eines Familienzentrums zu nutzen. Die einzelnen Angebote sollten von privaten und gemeinnützigen Trägern erbracht werden.

Kindertagesstätten mit Neigungsschwerpunkten!

Kindertagesstätten, die Neigungsschwerpunkte setzen und so den unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen der Eltern gerecht werden, wollen wir unterstützen. So sind neben Waldkindergärten z.B. auch Kindertagesstätten mit musikalischem, künstlerischem oder sportlichem Schwerpunkt denkbar. Regelmäßige Begegnungen von Vorschulkindern und Senioren zum gemeinsamen Spielen und Musizieren wollen wir unterstützen.

Schulentwicklung:

Offene Ganztagschule zur gebundenen Ganztagschule weiterentwickeln!

In den letzten Jahren konnten alle Grundschulen eine qualitativ gute Nachmittagsbetreuung aufbauen. Mit dem für 2018/2019 geplanten Bau einer Mensa an der Grundschule Schönningstedt werden alle Reinbeker Schulen über eine reguläre Mensa verfügen. Unser Ziel ist es, dass im Einklang mit ausreichend Hortplätzen eine Nachmittagsbetreuung bei den Familien, die diese Betreuung wünschen, sicher gestellt ist. Die Ausweitung der Angebote der offenen Ganztagschulen sehen wir als Zwischenschritt auf dem Weg zu mindestens einer Grundschule, die als gebundene

- 7 -

Ganztagsschule in Reinbek das schulische Angebot abrundet. Die offenen Ganztagsschulen werden durch die Landespolitik noch nicht ausreichend finanziell gefördert, hier setzen wir uns gemeinsam mit unserer Landtagsfraktion für eine Änderung ein.

Gemeinschaftsschule erneuern und sanieren!

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für die Gemeinschaftsschule Reinbek ein Oberstufenangebot geschaffen wird. Die Zusammenarbeit von Gymnasium und Gemeinschaftsschule, insbesondere beim Thema Oberstufe, begrüßen und unterstützen wir. Die Erneuerung und Erweiterung der Gemeinschaftsschule ist auf den Weg gebracht, wenn sich eine Möglichkeit zur Beschleunigung der Baumaßnahmen abzeichnet, werden wir dies unterstützen. Die Übergangsphase mit einer Beschulung in Provisorien sollte möglichst kurz gehalten werden.

Sachsenwald-Gymnasium erhalten und unterstützen!

Erklärtes Ziel der Reinbeker Liberalen ist es, das Sachsenwald-Gymnasium in Reinbek zu erhalten und zu unterstützen. Einer Abschaffung oder Schlechterstellung des Gymnasiums werden wir uns entgegenstellen. Die Schleswig-Holsteinischen Gymnasien haben bei allen Studien sowohl national als auch international Spitzenplätze eingenommen. Schon deshalb verbietet sich aus unserer Sicht eine ideologisch motivierte Kritik an den Leistungen unseres Gymnasiums. Glücklicherweise genießen durch den Wechsel in der Landesregierung die Gymnasien in Schleswig-Holstein nun wieder die Wertschätzung, die sie verdienen. Absehbare zusätzliche Raumbedarfe durch die Umstellung auf G9 wollen wir durch frühzeitige Planungen abdecken.

Keine pauschalen Kürzungen bei Lehrmitteln!

Alle Schulen sind bedarfsgerecht mit ausreichend Lehr- und Lernmitteln auszustatten. Dies gilt insbesondere für die neu geschaffene Gemeinschaftsschule in Reinbek. Realistische Mittelansätze der jeweiligen Schulleitungen dürfen nicht zur Spielmasse der Politik werden. Private Initiativen, z.B. durch Eltern und Schulvereine unterstützen wir.

Bausubstanz der vorhandenen Schulbauten erhalten und erneuern!

In den zurückliegenden Jahren konnte der Investitionsstau zur Erhaltung der Bausubstanz an den Reinbeker Schulen mit liberaler Unterstützung teilweise abgebaut werden. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Infolge konstanter Schülerzahlen in den kommenden Jahren liegt der zukünftige Schwerpunkt nicht mehr auf der Schaffung neuer Raumkapazitäten, sondern in der

- 8 -

Qualitätsverbesserung der vorhandenen Räumlichkeiten. Der barrierefreie Ausbau der Grundschule Klosterbergen ist in diesem Zusammenhang endlich voran zu treiben.

Jugend:

Zusätzliche Angebote für Reinbeks Jugend schaffen!

Die Jugendtreffs sind im bisherigen Umfang zu erhalten, bei Veränderungen ist das Votum der Nutzer verstärkt zu berücksichtigen. Zusätzliche Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene durch private oder gemeinnützige (z. B. Kirche, DRK) Investoren unterstützen wir. Auch ein Musikclub im Gewerbegebiet ist für uns denkbar. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Verwaltung sollten sich noch stärker als bisher an der Erarbeitung von Lösungen beteiligen und aufzeigen, wie gesetzliche Hürden überwunden werden können.

Senioren:

Angebote für Senioren ausbauen!

Senioren stellen einen großen Bevölkerungsanteil in Reinbek. Initiativen, das Angebot für Senioren in Reinbek zu verbessern, wollen wir unterstützen. Das Jürgen-Rickertsen-Haus als Seniorentreff hat sich etabliert und ist zu einem festen Bestandteil der Seniorenarbeit in Reinbek geworden. Seniorengerechte Sport- und Bewegungsangebote wollen wir ebenso wie die Einrichtung eines Reha-Zentrums in Reinbek fördern. Die Fußwege zum Seniorentreff sind teilweise beschwerlich, hier setzen wir uns für eine Verbesserung ein. Die Informationsmöglichkeit über die reichhaltigen Veranstaltungsangebote in Reinbek wollen wir durch einen umfassenden Veranstaltungskalender im Internet und eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadt Reinbek verbessern.

Umfassendes Konzept zum selbstbestimmten Leben im Alter erarbeiten!

Um weitere Verbesserungen bei der Seniorenbetreuung zu erzielen und private Investoren in ihren Vorhaben lenken zu können, setzen wir uns dafür ein, dass ein Konzept zum selbstbestimmten Leben im Alter für alle Reinbeker Stadtteile erarbeitet wird. Generationenübergreifende Ideen in den vorhandenen Wohnquartieren sollten dabei Vorrang genießen. In der Seniorenbetreuung ausschließlich auf den Neubau von Seniorenresidenzen oder Seniorenwohnungen in Retorte-Stadtteilen auf der grünen Wiese zu setzen, halten wir für den falschen Weg.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Wunsch der Senioren, möglichst in den eigenen vier Wänden betreut zu werden, im Mittelpunkt eines solchen Konzeptes steht. Quartierbezogene Konzepte, wie zum Beispiel in Bielefeld umgesetzt, wollen wir innerhalb der vorhandenen Wohnquartiere gemeinsam mit den betroffenen

- 9 -

Bewohnern und Immobilienbesitzern Wirklichkeit werden lassen. Wir halten eine zentrale Anlaufstelle, die Menschen mit unterschiedlichen Wohnbedürfnissen zusammenführt, für erforderlich. Die rüstige Seniorin in ihrem zu groß gewordenen Einfamilienhaus und die junge Familie auf der Suche nach Wohnraum wollen wir zusammenbringen. Daraus können sich ganz neue Wohnkonstellationen entwickeln. Das beschriebene „Netzwerk Wohnen“ für Reinbek kann hier wertvolle Hilfe leisten.

Menschen mit Behinderung:

Lebensqualität durch Barrierefreiheit steigern!

Reinbeker Bürger, die in ihrer körperlichen Mobilität eingeschränkt sind, werden durch mangelnde Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden unnötig in ihrer Lebensqualität beschnitten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit offenen Augen und offenem Herzen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung wahrgenommen werden. Öffentliche Einrichtungen und Gebäude sind barrierefrei zu gestalten, dies ist in vielen Fällen mit einfachen kostengünstigen Maßnahmen zu erreichen. Die Umsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV bis 2022 wollen wir aktiv begleiten und dabei gemeinsam mit den Betroffenen agieren.

Die Bedürfnisse von Senioren und Menschen mit Behinderungen sind oft deckungsgleich. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass für die bestehenden Wohnquartiere in Reinbek ein Konzept zum selbstbestimmten Leben im Alter erarbeitet wird, dass auch die Bedürfnisse behinderter Menschen berücksichtigt.

Der Ausbau der Grundschule Klosterbergen zur ersten barrierefreien Grundschule in Reinbek ist leider in den letzten Jahren bei vielen Akteuren in Vergessenheit geraten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Konzept in der kommenden Wahlperiode wieder fortgeführt wird.

Die Arbeit des Behindertenbeirates wollen wir wie bisher mit allen Kräften unterstützen.

Soziales:

Uneingeschränkte Unterstützung auch für privates soziales Engagement!

Um auch in Zukunft den Bürgern eine menschenwürdige Existenz in allen Lebenslagen zu ermöglichen, wird als Ergänzung zu staatlichen Leistungen das private ehrenamtliche Engagement einen noch höheren Stellenwert erhalten. Die sich dramatisch entwickelnde Veränderung der Altersstruktur wird die Gesellschaft ohne ehrenamtliches Engagement vor unlösbare Aufgaben stellen. Initiativen wie z. B. der ambulante Hospizdienst oder das Projekt „Kids in the Clubs“ zeigen die positive Wirkung privaten Engagements für unser Gemeinwesen. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Initiativen die notwendige Unterstützung erhalten und in ihren Aktivitäten nicht unnötig beschnitten werden.

Menschlicher Umgang mit sozial Bedürftigen!

Die finanzielle Unterstützung für Bedürftige ist gesetzlich geregelt, hier kann die Kommunalpolitik wenig Einfluss nehmen. Auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, ist aus unserer Sicht schon eine große Belastung für die betroffenen Personen. Der Umgang unserer Verwaltung in Wort und Schrift mit diesem Personenkreis sollte daher in der Sache verständlich und zugleich menschlich gestaltet sein.

Eigene städtische Regelungen im sozialen Bereich sind regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen, um den dynamischen Entwicklungen auch in diesem Bereich zeitnah zu folgen.

Flucht, Migration, Einwanderung!

Wohl kein Thema hat die Emotionen der Menschen in den letzten Jahren derart bewegt wie das Thema Flucht, Asyl und Einwanderung. Hier ist zunächst festzuhalten, dass die grundsätzlichen Weichenstellungen dazu auf Bundesebene erfolgen müssen. Aus unserer Sicht sollten die Themen gewollte Einwanderung auf der einen Seite sowie Flucht bzw. Asyl auf der anderen Seite deutlicher voneinander getrennt werden. Die gesteuerte und erwünschte Einwanderung ist in einem Einwanderungsgesetz zu regeln. Für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern gibt es bereits gesetzliche Regelungen, dieser Bereich hat allerdings nichts mit gesteuerter Einwanderung zu tun, da Kriegsflüchtlinge nach Wegfall des Fluchtgrundes in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.

Dies voraus geschickt, ist es Aufgabe der Stadt Reinbek, jedem hilfebedürftigen Menschen, der sich in Reinbek aus welchem Grund auch immer aufhält, eine menschenwürdige Behandlung und Unterbringung zukommen zu lassen. Dabei spielt die Herkunft ebenso wenig eine Rolle wie Geschlecht, Glaube, Alter oder irgendeine andere menschliche Eigenschaft.

Von diesem Grundsatz, der ein Hauptelement der liberalen Idee darstellt, haben und werden wir uns leiten lassen.

Die Reinbeker Liberalen haben sich dafür eingesetzt, dass obdachlose Flüchtlinge dezentral in kleinen überschaubaren Einheiten untergebracht werden. Sicher ist es auch dieser Vorgehensweise zu verdanken, dass es die andernorts feststellbaren Probleme im Zusammenhang mit Flüchtlingen in Reinbek nicht gibt. Die Hauptursache dürfte allerdings in dem immer noch ungebrochenen ehrenamtlichen Engagement vieler Reinbeker Bürger liegen, dafür an dieser Stelle ein großes Dankeschön.

Inzwischen sind deutlich weniger Menschen zu betreuen und unterzubringen als noch im Jahr 2016. Es bleibt allerdings festzuhalten, dass die durch die Stadt Reinbek zu tragenden finanziellen Belastungen dadurch nicht gesunken, sondern sogar gestiegen sind. Denn die gleichwohl aufgrund langfristiger Mietverträge vorgehaltenen Flächen

werden derzeit nur teilweise durch Land oder Bund bezuschusst. Im Haushaltsplan der Stadt Reinbek für das Jahr 2018 verbleibt nach Abzug aller Landes- und Bundeszuschüsse eine durch Reinbek zu tragende Summe von mehr als 800 T€. Wir werden uns gemeinsam mit unserer Landtagsfraktion dafür einsetzen, dass Bund und Land Ihre Versprechen erfüllen, die Kommunen bei diesen Kosten weitgehend zu entlasten.

3. Sport- und Kultur

Vereine fördern, Sportstätten zeitgemäß gestalten!

Gerade in unserer heutigen Zeit, geprägt von Smartphone, Tablet-PC und häufig sitzenden Tätigkeiten kommt der körperlichen Bewegung durch Sport eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Sport stärkt zudem das Zusammengehörigkeitsgefühl und soziale Kompetenzen. Unsere Reinbeker Sportvereine leisten insbesondere im Kinder- und Jugendbereich wertvolle Arbeit. Voraussetzung dafür sind bedarfsgerechte moderne Sportstätten. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass der kaum noch bespielbare Grandplatz der TSV Reinbek durch einen ganzjährig zu nutzenden Kunstrasenplatz ersetzt wird. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember 2017 konnten wir eine Mehrheit der Stadtverordneten (16 von 31) von der Richtigkeit dieser Maßnahme überzeugen, so dass nunmehr die erforderlichen Gelder für den Bau eines Kunstrasenplatzes im Jahr 2018 zur Verfügung gestellt werden. Damit scheint unser jahrelanger Einsatz, für die TSV Reinbek endlich einen ganzjährig bespielbaren Kunstrasenplatz zu schaffen, aus heutiger Sicht erfolgreich zu enden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Maßnahme nun zügig umgesetzt wird.

Auch die Sportanlagen in Ohe sind stark sanierungsbedürftig und nicht mehr zeitgemäß. Wir sind bereit gemeinsam mit den betroffenen Anwohnern und dem FC Voran Ohe auch ungewöhnliche Lösungen für eine zukunftsfähige und verbesserte Sportanlage im Norden Reinbeks anzugehen. Eine Verlagerung der Sportstätten des FC Voran Ohe, um einen voll funktionsfähigen Sportplatz und eine zusätzliche Dreifeldhalle zu erhalten, halten wir für einen sinnvollen Ansatz. Ein im Auftrag der Stadt erstelltes Sportstättengutachten für Reinbek hat insbesondere für den Norden Reinbeks den Sportstättenbedarf bestätigt. Die Finanzierung dieser Maßnahme könnte teilweise durch die Verwertung des freiwerdenden jetzigen Sportgeländes sichergestellt werden. Eine Bebauung darf hier aus unserer Sicht nur moderat und mit Rücksicht auf die im Ort übliche Bebauung erfolgen. Die betroffenen Anwohner wollen wir von Beginn an in den weiteren Prozess einbinden.

Der Betrieb des Freizeitbades Reinbek konnte durch ein neues Betriebskonzept auf eine finanziell tragbare Basis gestellt werden. Dies ist ein schönes Beispiel wie durch die Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse zukunftsfähige Lösungen erarbeitet werden können.

- 12 -

Der Tonteich bietet ein in der Region einzigartiges und naturnahes Baderlebnis. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass dieses Kleinod durch ehrenamtliches Engagement der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Erholungsmöglichkeit ebenso wie das Freizeitbad Reinbek auch in Zukunft erhalten bleibt.

Bei Schulneubauten oder Renovierungen sollten diese so gestaltet werden, dass außerschulische Nutzungen nach Unterrichtsschluss leichter möglich sind.

Neu organisierten Kulturbetrieb weiter verbessern!

Ein reichhaltiges Kulturangebot für Reinbeks Bürger ist wünschenswert. Zur Beurteilung dieses Angebots gehört auch ein Blick über die Grenzen unserer kleinen Stadt. Denn wir leben – daran sei erinnert – nur 30 Minuten von Deutschlands zweitgrößter Metropole mit einem mehr als auskömmlichen Angebot an Theatern, Opern, Musicals, Kinos, Museen, Kleinkunst und anderen Ausprägungen.

Das maßgeblich von den Reinbeker Liberalen mitgestaltete neue Konzept zum Kulturbetrieb in Reinbek hat die Erwartungen erfüllt. Das Reinbeker Schloss als Zentrum der kulturellen Aktivitäten entwickelt sich mehr und mehr zu einem lebendigen Mittelpunkt der Stadt. Der teilweise museale Dornröschenschlaf früherer Jahre gehört der Vergangenheit an. Durch eine weitere, auch wirtschaftlich orientierte Nutzung kann dauerhaft der Bestand des Schlosses am besten gewahrt werden. Der Kreis Stormarn darf aus seiner – wenn auch nur geringen – finanziellen Verantwortung für das Reinbeker Schloss als überregionales Kulturdenkmal nicht entlassen werden.

Unser Ziel war und ist es, die hohen jährlichen Subventionen in Reinbeks Kulturbetrieb ohne Verlust an Lebensqualität für Reinbeks Bürger deutlich zu reduzieren. Diesem Ziel sind wir, durch die von uns initiierten Maßnahmen mit liberaler Handschrift, in den vergangenen Jahren wesentlich nähergekommen. Beispielfhaft sei hier nur die erfolgreiche Neuorganisation der Theaterkasse genannt.

In einem nächsten Schritt sollte auch der Kauf von Eintrittskarten über ein Internetportal ermöglicht werden. Ebenso selbstverständlich ist für uns in allen städtischen Einrichtungen und Kulturstätten ein freies W-LAN.

Nicht zufriedenstellend ist aus unserer Sicht die Nutzung der Begegnungsstätte (BeGe) in Neuschönningstedt. Die Zuständigkeit für diese Einrichtung ist innerhalb der Verwaltung klar zu regeln. Durch bauliche Aufwertungen und Ertüchtigungen soll die BeGe wieder zu einem attraktiven Treffpunkt für alle Reinbeker werden.

Private Initiativen im Kulturbereich unterstützen!

Private Initiativen, weitere kulturelle Angebote insbesondere auch für Reinbeks Jugend zu schaffen, unterstützen wir. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es

- 13 -

ausdrücklich, wenn durch privates Engagement weiterhin Theatervorstellungen im Sachsenwaldforum ermöglicht werden. Wir haben kein Problem mit Konzerten in Gaststätten oder im Gewerbegebiet. Aufgabe der Verwaltung ist es, hier bei rechtlichen Problemen Wege zur Umsetzung aufzuzeigen.

Zugang zu kulturellen Angeboten vereinfachen!

Alle kulturellen Angebote in Reinbek – ob nun städtisch, privat oder ehrenamtlich organisiert – sollten in einem Internet-Forum schnell, einfach und übersichtlich zu finden sein. Die Koordinierung dieses online verfügbaren Veranstaltungskalenders sollte durch die vorhandenen Stellen im Kulturressort der Stadt erfolgen, die auch als Ansprechpartner für Menschen zur Verfügung stehen, die ein Online-Angebot nicht nutzen können oder wollen.

Volkshochschule kostendeckend organisieren!

Ziel der Volkshochschule muss es sein, unter Absicherung der Aufgaben in der Erwachsenenbildung frei von Subventionen zu arbeiten. Eine Stärkung der Eigenverantwortung der Mitarbeiter und eine flexiblere Gestaltung von Kursen und Kursgebühren ist nach unserer Auffassung ein Weg, dieses Ziel zu erreichen. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportvereinen sollte weiter intensiviert werden. Die Raumsituation ist durch eine Abstimmung mit den Reinbeker Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen zu verbessern. Auf die zunehmende Digitalisierung unseres Arbeitsalltags und auch in der Freizeit sollte mit einem Themenschwerpunkt im Kursangebot reagiert werden. Wir unterstützen es, wenn sich unsere Volkshochschule um die Durchführung von Integrationskursen bemüht. Dadurch wird nicht nur das Angebotsspektrum der Volkshochschule, sondern auch die Einnahmeseite auf eine breitere Basis gestellt.

4. Umwelt und Verkehr

Klimaschutzprogramm gemeinsam mit den Bürgern mit Leben füllen!

Mit Unterstützung der Reinbeker Liberalen und unter Einbindung vieler Bürger wurde ein Klimaschutzprogramm für Reinbek erstellt. Die Stadt selbst kann mit ihren Einrichtungen selbst bei optimaler Gestaltung nur einen sehr geringen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die mit Abstand größten Effekte entstehen, wenn Reinbeks Bürger und Unternehmen Klimaschutzmaßnahmen umsetzen. Die Aufklärung, Motivation und Beratung von Bürgern und Unternehmen, die auf freiwilliger Basis tätig werden wollen, sehen wir als wesentliche Aufgabe des neuen städtischen Klimaschutzmanagers. Dieser wird im Jahr 2018 mit seiner Tätigkeit beginnen.

Gesamtbilanz von Umweltmaßnahmen sachlich abwägen!

Ziel unserer Umweltpolitik ist eine Abkehr von werbewirksamen Schlagwortprojekten hin zu Projekten, die unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus eine Verbesserung der Umweltsituation erreichen. Solarthermie-Projekte sind unter diesem Aspekt z.B. Photovoltaik-Anlagen vorzuziehen. Auch der Einsatz der E-Mobilität ist unter Berücksichtigung des Lebenszyklus auf den Prüfstand zu stellen. Im innerstädtischen Kurzstreckenverkehr kann die E-Mobilität positive Wirkungen haben.

Wirkungsvolles Energiemanagement für Reinbeks Gebäude!

Die im Besitz der Stadt Reinbek befindlichen Gebäude und Einrichtungen sind unter Berücksichtigung des o.g. ganzheitlichen Grundsatzes zu modernisieren. Die inzwischen fast abgeschlossene Erneuerung der Reinbeker Straßenbeleuchtung kann hier nur ein erster Schritt sein.

Wir vertrauen der Umweltverantwortung der Reinbeker Bürger!

Reinbeks Bürger haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass ihnen ein umweltgerechtes Handeln am Herzen liegt. Im Umweltbereich sind auf Bundes- und Landesebene ausreichende Regelungen getroffen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt Reinbek keine zusätzlichen Vorschriften für Reinbeks Bürger schafft und auf die Eigenverantwortung der Bürger vertraut. Wir lehnen es ab, wenn zweifelhafte umweltpolitische Zwangsmaßnahmen auf dem Umweg über das Baurecht durchgesetzt werden sollen.

Wir sind überzeugt, dass Reinbeks Bürger mit dem Baumbestand auf ihren Grundstücken, der häufig noch von den Eltern und Großeltern gepflanzt wurde, verantwortungsvoll umgehen. Daher halten wir es für sinnvoll, auf die sogenannte Baumschutzsatzung ersatzlos zu verzichten. Ein Wegfall dieses staatlichen Reglementierungsinstrumentes aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wird nicht zu weniger, sondern, durch die Freisetzung privaten Engagements, zu mehr Baumschutz und zu einer Vergrößerung des Baumbestandes führen. Nicht zuletzt haben Reinbeks Bürger durch vielfältige Aktionen bis hin zu Menschenketten gezeigt, wie wichtig ihnen eine intakte Natur ist. Staatliche Gängelung ist daher fehl am Platze.

Keine Neuausweisung von großflächigen Wohnbaugebieten!

Die vorhandenen Baugebiete und weitere, bereits jetzt zur Bebauung vorgesehene Flächen, sind für eine gesunde Entwicklung Reinbeks ausreichend. Die Umwidmung bisher nicht zur Bebauung vorgesehener Flächen für großflächigen Wohnungsbau lehnen wir ab. Dies deckt sich mit den Aussagen des einstimmig verabschiedeten Leitbildes der Stadt Reinbek.

Pflege der Grünanlagen prüf- und nachvollziehbar gestalten!

Um eine den örtlichen Gegebenheiten gerecht werdende Pflege der städtischen Grünanlagen zu erreichen, setzen wir uns für einen Leistungskatalog mit klar definierten Pflegestandards für die jeweiligen Grünanlagen ein. Dieser Leistungskatalog kann auch Grundlage sein, um andere Wege als bisher bei der Pflege der städtischen Grünanlagen zu gehen. Die Zahl der öffentlichen Papier- und Abfallkörbe ist dort - wo sinnvoll - zu erhöhen. Elektronische Lösungen zur Entleerung nach Bedarf unterstützen wir.

Verkehrsleitplanung für das gemeinsame Mittelzentrum!

Es besteht der dringende Bedarf für eine umfassende Verkehrsleitplanung für Reinbek und seine Nachbarkommunen, bei der folgende Aspekte besondere Berücksichtigung finden:

- ❖ Innerörtliche Einkaufsmöglichkeiten
- ❖ Steuerung der Verkehrsströme, insbesondere Schwerlastverkehr
- ❖ Ampelschaltungen, die an die Verkehrsströme angepasst sind
- ❖ Kreisverkehr hat Vorrang vor Ampelregelung
- ❖ Steuerung des ruhenden Verkehrs
- ❖ Gleichberechtigtes Nebeneinander von ÖPNV, Individualverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr

Nur mit einer solchen Verkehrsleitplanung lassen sich Verkehrsströme sinnvoll lenken. Ohne eine belastbare Verkehrsleitplanung lassen sich wünschenswerte Projekte, wie z. B. eine Ortsumgehung für Schönningstedt, nicht gegenüber Land und Bund durchsetzen.

Ein wesentlicher Aspekt für die zukünftige Verkehrsentwicklung ist die Wohnbauflächenentwicklung. Da viele Reinbeker Verkehrsadern insbesondere in den Stoßzeiten schon jetzt überlastet sind, ist es aus unserer Sicht sinnvoll, die aktuelle Einwohnerzahl Reinbeks annähernd konstant zu halten. Weitere große Neubaugebiete würden unweigerlich zum Verkehrskollaps führen.

Sanierung der Straßen weiter vorantreiben!

Reinbeks Straßen sind oft in keinem guten Zustand. Wir haben gemeinsam mit der Verwaltung in den letzten Jahren begonnen, die Mittel für die Sanierung und Instandhaltung unserer Straßen deutlich zu erhöhen (Verdoppelung der zur Verfügung gestellten Gelder) und gleichzeitig einen Sanierungsplan mit Prioritätenfolge aufzustellen, der regelmäßig aktualisiert wird. Unser Ziel ist es Reinbeks Straßen im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel in einen guten Zustand zu versetzen und zu

- 16 -

erhalten. Da hier teilweise Versäumnisse aus den letzten 30 Jahren aufzuholen sind und auch die Kapazitäten ausführender Baufirmen nicht unendlich sind, ist dies ein Projekt für ein Jahrzehnt.

ÖPNV stärken und ausbauen!

Der ÖPNV ist dem Bedarf angepasst zu optimieren. Um die Gemeinsamkeiten Reinbeks zu stärken, sind insbesondere die Verbindungen zwischen den Stadtteilen zu verbessern. Für Reinbeks Jugend ist es wichtig, dass ÖPNV-Angebote den veränderten Lebensgewohnheiten angepasst werden. Die durch den Ausbau unserer Gemeinschaftsschule veränderten Schülerströme sollten bei der künftigen Entwicklung des ÖPNV berücksichtigt werden. Erstmals haben sich Reinbeker Unternehmen an der Einführung einer neuen Buslinie finanziell beteiligt, diese Vorgehensweise ist aus unserer Sicht ein Modell für die Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass die S-Bahn von Reinbek häufiger als derzeit nämlich zukünftig alle 10 Minuten fährt. Der Stadtteil Krabbenkamp ist durch eine Erweiterung des Hamburger Tarifgebietes, mit den anderen Reinbeker Stadtteilen gleich zu stellen. Wir unterstützen den Einsatz lärm- und abgasarmer Busse. Car-Sharing, Sammeltaxen oder andere Mobilitätsangebote können eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV Angebotes bei nur geringen zu erwartenden Fahrgastzahlen sein. Aktivitäten und Ideen zu diesen Angeboten werden wir positiv begleiten.

5. Verwaltung, Bürgerservice und Finanzen

Verwaltungsstruktur optimieren, Potentiale nutzen!

Effektive Verwaltungsarbeit steht und fällt mit der Motivation der Mitarbeiter. Die Struktur der Verwaltung ist daher weiter mit dem Ziel einer möglichst großen Eigenverantwortung zu optimieren. Die Bezahlung der Mitarbeiter sollte sich zu einem gewissen Anteil an der Leistung orientieren. Die einzelnen Aufgaben sind zu hinterfragen; eine vorurteilsfreie Prüfung, welche Leistungen die Stadt erbringen muss und welche Leistungen besser durch andere erbracht werden, wollen wir unterstützen. Dabei ist jeder Einzelfall zu durchleuchten. Ein Generalrezept, ob staatliches oder privates Handeln den Bedürfnissen des Bürgers besser gerecht wird, gibt es nicht.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Potentiale, die in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen liegen, auch genutzt werden. Der Bürgerservice vor Ort darf darunter nicht leiden.

Wir sind der Auffassung, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung stärker genutzt werden müssen, ohne die Menschen zu vernachlässigen, die solche Angebote nicht wahrnehmen können oder wollen.

Staaten wie Estland zeigen auf allen Verwaltungsebenen, dass beim sogenannten „E-Government“ noch sehr viel Luft nach oben für Reinbek und Schleswig-Holstein

- 17 -

besteht. Es sollte möglich sein, zum Beispiel einen Personalausweis Online zu beantragen.

Aus der Digitalisierung resultierende Veränderungen sind bei der Beurteilung der Mitarbeiteraufgaben zu berücksichtigen und für Einsparungen bzw. Übernahme von Aufgaben zu nutzen, wie wir sie an anderer Stelle in diesem Programm beschreiben. Hier sei die Umsetzung eines „Konzeptes für ein selbstbestimmtes Leben im Alter“ oder das „Netzwerk Wohnen“ erwähnt.

In Projekten, statt in Haushaltsjahren denken!

Die Stadt Reinbek kann seit vielen Jahren auf weit überdurchschnittliche Steuereinnahmen zurückblicken. Erstmals konnten in den zurück liegenden Jahren die Schulden der Stadt Reinbek von 27,1 Mio. € im Jahr 2011 auf 21,3 Mio. € zum Ende 2017 deutlich reduziert werden. Dennoch ist es geboten, alle Ausgaben und organisatorischen Abläufe immer wieder kritisch zu hinterfragen. Mit den anvertrauten Steuergeldern wollen wir wie bisher verantwortungsvoll umgehen. Dem Hang einiger politischer Wettbewerber, in Anbetracht einer guten finanziellen Situation immer neue dauerhafte Ausgaben zu erfinden, werden wir uns entgegenstellen.

Unser Ziel ist es, dauerhaft einen Haushalt für die Stadt Reinbek aufzustellen, der im Ergebnisplan alle Ausgaben einschließlich Belastungen aus Investitionen abbildet und mit einem Überschuss abschließt. Diese Überschüsse führen dann zu einem Abbau der Schulden und sorgen dafür, dass wir künftige Generationen nicht mit den Folgen unseres heutigen Konsums belasten.

Im Rahmen dieses Programms werden Sie an vielen Stellen weitere Vorschläge zu einer Verbesserung der Ausgabenstruktur erkennen. Wir werden uns grundsätzlich dafür einsetzen, dass der Haushalt nicht nur aufgestellt, sondern als Führungs- und Steuerungsinstrument begriffen wird. Dazu sind eine Transparenz der Haushaltsansätze und eine ständige Kostenverfolgung mit Soll-Ist-Abgleich erforderlich. Grundvoraussetzung ist für uns eine Abkehr vom Denken in Haushaltsjahren hin zu einer projektbezogenen Haushaltssteuerung. Seit der letzten Kommunalwahl im Jahr 2013 erkennen wir hier deutliche Fortschritte im Handeln der hauptamtlichen Verwaltungsmitarbeiter. Wir werden wie bisher Mahner, aber auch Berater und Unterstützer sein, damit dieser Weg weiter beschritten werden kann.

Vergabe- und Einkaufstätigkeiten transparent und kontrolliert gestalten!

Bei sämtlichen Aufträgen und Beschaffungen der Stadt Reinbek ist ein professionelles Vergabe- und Projektmanagement anzuwenden. Vergaben müssen die Möglichkeiten des Marktes nutzen. Dies fördert langfristig auch den Bestand und die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft. Vergaben ohne Ausschreibung, egal in welchem Verwaltungsbereich, müssen die absolute Ausnahme werden. Entscheidungen für Investitionen müssen so frühzeitig fallen, dass genügend Zeit zur Projektvorbereitung

- 18 -

und Planung auf allen Verwaltungsebenen verbleibt. Dies bedingt auch eine fortlaufende Sichtung alterungsanfälliger Vermögensgegenstände, insbesondere im Immobilien- und Infrastrukturbereich.

Mit der Intention, den technischen Standard zu verbessern und durch Bündelung Kosten einzusparen ist Reinbek seit einigen Jahren Mitglied im IT Verbund Stormarn. Es ist festzuhalten, dass der IT-Verbund Stormarn weder in Bezug auf die Kosten noch in Bezug auf Aufgabenentlastungen nicht als Erfolgsmodell bezeichnet werden kann. Wir werden die Aktivitäten weiterhin kritisch begleiten und erwarten von der Verwaltung, über andere Formen der IT- Organisation nachzudenken.

Gemeinsames Mittelzentrum zum Nutzen aller entwickeln!

Reinbek bildet mit Glinde und Wentorf ein gemeinsames Mittelzentrum. Dadurch lassen sich konkurrierende und geldverschlingende Planungen vermeiden und gemeinsam eine Zukunftsstrategie entwickeln. Ein koordiniertes Vorgehen bei Beschaffungen oder die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, technischen Anlagen und Ausstattungen führt für alle Gemeinden zu einer finanziellen Entlastung. Der Erfolg dieses Mittelzentrums steht und fällt mit der Bereitschaft aller Kommunen, nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben, sowie die Position der Partnergemeinde anzuhören und anzuerkennen. Eine gemeinsame Verkehrsplanung im Mittelzentrum und weiteren Kommunen ist überfällig, dafür werden wir uns weiter einsetzen. Aber auch die Einbeziehung der benachbarten Gemeinden Aumühle und Wohltorf sollte trotz Kreisgrenze intensiviert werden.

Vorschriften und Satzungen vereinfachen oder abschaffen!

Vorschriften und Satzungen der Stadt Reinbek sind auf ihre Notwendigkeit hin zu durchforsten und ggf. zu streichen oder zu vereinfachen. Nicht jeder Schritt des Bürgers muss geregelt werden. Und die Mitarbeiter der Verwaltung erhalten so Freiräume für die wirklich wichtigen Arbeiten.

Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen überdenken!

Die grundlegende Erneuerung von Straßen und Wegen wird nach der geltenden Rechtslage zum Teil aus allgemeinen Steuermitteln und zum anderen Teil aus maßnahmenbezogenen Anliegerbeiträgen (Straßenausbaubeiträge) der Anwohner finanziert. Aktuell ist es nach Änderung des entsprechenden Landesgesetzes den Kommunen erlaubt, auf diese Anliegerbeiträge komplett zu verzichten. Die Landesregierung hat dazu die Absicht erklärt, in den Kommunen, die auf Ausbaubeiträge verzichten, spätestens ab 2021 für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, auf Straßenausbaubeiträge

- 19 -

komplett zu verzichten und die Straßenbaumaßnahmen ausschließlich aus den allgemeinen Steuereinnahmen zu finanzieren. Die Straßenausbaubeiträge durch eine andere Abgabenart oder eine Erhöhung der Grundsteuer zu ersetzen, halten wir für den falschen Weg. Letztere würde in erster Linie Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen sowie Mieter treffen und Wohnen in Reinbek durch eine staatliche Abgabe weiter verteuern. Unter der Voraussetzung, dass sich die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Reinbek wie bisher prognostiziert entwickelt, ist ein ersatzloser Verzicht auf Straßenausbaubeiträge spätestens ab 2020 möglich. Dafür werden wir uns einsetzen.

Eigenverantwortung des Bürgers stärken!

Im Vordergrund unserer Politik steht der mündige, Eigenverantwortung tragende Bürger. Politik ist kein Selbstzweck, sondern hat das Wohl der Reinbeker Bürger zum Ziel. Die Reinbeker Bürger sind daher möglichst früh und umfassend in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Bürgerhandeln hat Vorrang vor staatlichem Handeln. Bürgerorientiert handelnde Verwaltungsmitarbeiter sind dafür eine Grundvoraussetzung. Neue Formen der Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen haben zum Beispiel bei der Diskussion über das Freizeitbad Reinbek oder die zukünftige Unterstützung der Sportvereine in Reinbek zu langfristig tragfähigen Lösungen geführt. Aktuell zeigt die gute Beteiligung am sogenannten „Stadtcheck“ zur zukünftigen Wohnbauflächenentwicklung in Reinbek, dass eine umfangreiche Bürgerbeteiligung zum Erfolgsfaktor für Reinbek werden kann. Diesen Weg wollen wir weiter vorantreiben. Eine Voraussetzung ist, dass engagierte Bürger mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen werden. Für eine offenerere und bürgerfreundlichere Gestaltung der kommunalpolitischen Fragestunde werden wir uns einsetzen.

Sinnvolle Projekte fördern ist die Aufgabe der Stadt!

Ziel der Verwaltungstätigkeiten muss es in erster Linie sein, Wege aufzuzeigen, wie ein wünschenswertes Projekt umgesetzt werden kann. Nicht verhindern, sondern fördern ist als Grundregel anzuwenden.

6. Öffentliche Sicherheit

Feuerwehren weiter fördern!

Reinbeks Feuerwehrkameraden leisten einen wertvollen Beitrag für die Sicherheit und das Wohlergehen der Reinbeker Bürger. Eine dem Einsatzzweck entsprechende moderne Ausstattung wollen wir, wie bisher, auch in Zukunft unterstützen.

- 20 -

Das Feuerwehrgebäude der Ortsfeuerwehr in der Klosterbergen Straße ist in die Jahre gekommen. Das Gebäude ist für die erforderliche Fahrzeugausstattung zu klein. Durch eine Vielzahl gravierender Sicherheitsmängel ist Leib und Leben unserer ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkameraden schon zu Beginn eines Einsatzes massiv gefährdet. Dieser Zustand darf nicht länger hingenommen werden. Die Fürsorgepflicht gegenüber den Kameraden der Feuerwehr erfordert endlich eine Beendigung dieser Situation. Aus den vorliegenden Unterlagen von Experten auf Kreis- und Landesebene sowie von unabhängigen Gutachtern geht unmissverständlich hervor, dass ein Neubau auf einem Teil des Sportplatzes am Mühlenredder die größte Sicherheit für die Menschen in Reinbek gewährleistet und gleichzeitig die kostengünstigste Lösung darstellt.

Die Feuerwehrstandorte in Ohe und Schönningstedt weisen ebenfalls bauliche Mängel auf, die zum Teil die Sicherheit der Feuerwehrkameraden gefährden und die Einsatzfähigkeit beeinträchtigen. Auch an diesen Standorten halten wir es für erforderlich, zügig tätig zu werden.

Wir werden uns weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass hier endlich Entscheidungen getroffen werden.

Vertrauen in die Arbeit der Polizei!

Der Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen obliegt einzig der Polizei. Die Kommunalpolitik hat wenig Einfluss auf personelle und materielle Ausstattung unserer Polizei. Wir setzen uns über unsere Landtagsfraktion dafür ein, dass das Land Schleswig-Holstein die Polizei landesweit noch besser ausstattet und zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Aus der Kriminalitätsstatistik für Reinbek ist zu entnehmen, dass Reinbek in den letzten Jahren sicherer geworden ist. Dennoch kann jeder von uns Opfer eines Verbrechens werden. Insbesondere Wohnungseinbrüche stellen oft eine schwere seelische Belastung für die Betroffenen dar. Beratungsangebote zum verbesserten Schutz vor Einbruchdiebstahl sollten intensiviert und besser bekannt gemacht werden. Die verstärkte öffentliche Präsenz von Polizeikräften erhöht das Sicherheitsgefühl der Bürger und wirkt abschreckend auf potentielle Täter.

Auch die leider wieder verstärkt auftretenden Vandalismus-Schäden im Bereich des Reinbeker Schlosses lassen sich auf diese Art verringern. Die öffentliche Sicherheit herzustellen ist aus unserer Sicht in erster Linie Aufgabe der Polizei. Der Einsatz privater Sicherheitsunternehmen kann nur die zweitbeste Lösung sein.

Wir sind ausschließlich Reinbeker Bürger, die einen Teil ihrer Freizeit für die Kommunalpolitik einsetzen, weil wir uns einmischen und nicht nur kritisieren wollen.

- 21 -

KLARER KURS FÜR UNSER REINBEK!

Nach dieser Maxime wollen wir handeln. Was wir für das Beste für Reinbek halten, können Sie den einzelnen Punkten dieses Programms entnehmen. Das mögen teilweise unangenehme Wahrheiten sein – aber diese wollen wir bei allem gebotenen Respekt klar und deutlich vertreten. Ein Programm kann dabei weder allumfassend sein noch auf zukünftige aktuell nicht bekannte Herausforderungen eingehen. Wir stellen uns gern der Diskussion über den besten Weg für Reinbek mit Ihnen und auch mit unseren politischen Mitbewerbern. Als liberale Bürger setzen wir uns für den von Voltaire formulierten Grundsatz ein:

„Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen.“

Sollten Sie Fragen oder Anregungen zu diesem Programm haben, sprechen Sie uns gerne an. Dies gilt natürlich auch, wenn Sie gemeinsam mit uns politisch aktiv werden wollen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter

www.fdp-reinbek.de

Ihre

FDP Fraktion Reinbek, im Februar 2018